

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfälligen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Anstalt monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenzeilige Zeile oder deren Raum 180 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 8.

Dienstag, den 11. Januar 1921.

28. Jahrgang.

Die Amokläufer.

Von Dr. Heinz Welti.

Amokläufer nennt man im Fernen Osten, in Indien und im malayischen Archipel Eingeborene, die ganz plötzlich, aus heiler Haut heraus, Lobsuchtsanfälle bekommen, in Raserei verfallen, mit zudenden Gliedern und Schaum vor dem Munde durch die Straßen rasen und alles niedertraden, was ihnen über den Weg läuft. An diese Amokläufer wird man nun ungefähr erinnert, wenn man dem blindwütigen, beinahe maniakalischen Loben zuschaut, was anlässlich der Königsberger Wahlrede des preussischen Ministerpräsidenten Genossen Otto Braun in der deutschnationalen Presse eingeseht hat. Besonders unangenehm scheinen die klaren Ausführungen des Genossen Braun den pommerischen Agrarjunkern auf die Nerven gegangen zu sein, auf die ja bekanntermaßen der Landwirtschaftsminister Braun ungefähr so wirkt wie das rote Tuch auf den Stier. Kurz und gut, das Leib- und Magenorgan der pommerischen Krautbarone gerät ob der Rede Brauns in einen Zustand, der dem oben geschilderten des Amoklaufens gar nicht so unähnlich ist, und eröffnet eine Schimpfkanonade gegen den Minister, die durch Rüdigkeit des Tonos das erseht, was ihr an mangelnder Beweisraft abgeht.

Die pommerischen Junker fühlen sich zunächst einmal höchst empfindlich auf die Hühneraugen getreten durch den Umstand, daß Genosse Braun ausgesprochen hat, was alle vernünftig denkenden Volkstreife instinktiv als richtig und als das Gebot der Stunde empfinden, nämlich die Beseitigung des sogenannten Selbstschutzes, dieser privaten Armeen, die sich allenthalben im Lande aufgetan haben, um unter dem Deckmantel des Schutzes vor dem Volksgewissens die heiligsten Güter der besitzenden Klassen, vor allem den Geldsack, zu retten und zur gegebenen Zeit die Arbeiterkraft und den Sozialismus niederzuknüppeln, nach dem berühmten Muster der Marburger Zeitfreiwilligen, die bei Mecklerstadt 15 Arbeiter wie tolle Hunde niederknüllten, weil es eben Arbeiter, d. h. in ihren Augen „Volksgewissen“ waren. Ob über der Frage der Entwaffnung der irregulären Formationen, in der ja ganz offenkundig die Entente nicht länger mit sich spaßen zu lassen gesonnen ist, das Reich in die Brüche geht, ist den Herrschenden vollkommen egal, sie setzen sich auf die Hinterbeine und brüllen in Selbstenpose: Wir entwaffnen nicht! Daß die Arbeiterkraft ihrerseits dieses Theater nicht länger mit ansehen will und entschlossen ist, den störrischen Orgeschellen in der einzigen Form, für die sie Verständnis haben, Bernunft beizubringen, nämlich mit Zwangsmaßnahmen, dessen ist uns der Schritt der Ruhrbergarbeiter bei der Reichsregierung ein ebenso erleuchteter wie unmissverständlicher Beweis. Die These, die Ministerpräsident Braun in seiner Königsberger Rede aufgestellt hat, daß an eine Milderung des Friedensvertrages nicht zu denken sei, wenn nicht diejenigen Bedingungen, die wirklich erfüllbar sind, auch vorher ausgeführt werden, ist genau so unbestreitbar wie die Tatsache, daß die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen zu diesen durchaus erfüllbaren Bedingungen gehört. Alle gegenteiligen Behauptungen sind Bluff und böser Wille, und man glaube nur ja nicht, daß die Entente sich in diesem Punkte ein I für ein U vormachen lassen wird. Selbst wenn es jetzt den Anschein hat, als ob die Engländer geneigt wären, die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen für ein paar Monate hinauszuschieben, so bedeutet das keineswegs, daß sie diese auf die Dauer legalisieren wollen. Was ist also damit erreicht? Aufgelöst muß doch einmal werden, da ist es höchst gleichgültig, ob diese Auflösung sich drei Monate früher vollzieht, umso mehr, wenn man damit den ewigen Schikanen und Drohungen mit Zwangsmaßnahmen seitens der Entente entgegen kann. Aber die reaktionäre Brüderchaft hängt mit solcher Inbrunst an der vielgeliebten Orgeschell und ähnlichen Einrichtungen, daß sie es nicht entwürdigend findet, die Entente immer von neuem um eine, wenn auch noch so kurze Belassung derselben anzuwünseln.

In beinahe noch größerer Raserei gerät die gesamte nationale Mannschaft, weil Braun es gewagt hat, auf einen der dunkelsten Punkte und die empfindlichste Stelle der Herrschenden mit der notwendigen Offenheit hinzuweisen: die Steuerhaken der Besitzenden. Es war kein sozialistischer, sondern ein bürgerlicher Finanzminister, Erzberger, der gezwungen war, dieses unerfreuliche Kapitel mehrfach von der Tribüne des Parlaments herab anzuschneiden und ein bewegliches Klagegeld anhub über die immer mehr anwachsende Steuerlast der Besitzenden, die in Kapitalflucht und Steuerdrückbergerei größten Stils aussartete und das Reich um Milliardenwerte schädigte. Wir wollen hier nur einen kleinen Vorfall erwähnen, der sich vor einigen Monaten in der Provinz Hannover im Orte Papenburg zugetragen hat, und der ganze Bände spritzt! Ein Rentier zog es dort vor, seinem Leben durch den Strid ein Ende zu machen, als seine nicht unbeträchtlichen Steuern an den Staat zu entrichten. Kapitalkucht in den Tod! Kommentar überflüssig!

Daß Braun es auch sonst trefflich verstanden hat, die reaktionären Herrschenden an ihrer Achillesferse zu verwunden, zeigen die Wirkungen, die seine Worte über die Notwendigkeit der Demokratisierung in Schlagschlag und Vermittlung in der deutschnationalen Presse ausgeübt haben.

Der fromme und sonst so zahme „Reichsbote“ gerät förmlich außer Rand und Band über die „sozialdemokratischen Revolutionsgewinnler, die, nicht zufrieden mit den bisher ergatteten Kruppenplänen, jetzt alles daran setzen wollen, dem für sie so nützbringenden Zustande noch längere Dauer zu sichern“. Wenn irgend etwas für die Notwendigkeit der Demokratisierung der Verwaltungsmaschinerie beweiskräftig ist, so ist es das tobenbe Wutgeheul, mit dem die Reaktion solche Absichten begrüßt. Seit der Revolution bildet ja die „Kuttertruppe“ so ziemlich die einzige geistige Nahrung, die die Rechtsblätter ihren Lesern vorzusetzen in der Lage sind, und man sollte eigentlich annehmen, daß sie ein Interesse daran haben, zu wünschen, daß dieser Zustand möglichst lange andauert, weil es ihnen ja sonst an Stoff mangelt, woran sie ihren „Geist“ üben können. Das ganze Gezeiter über die sozialdemokratische Kuttertruppe ist ja nur der Schmerz derer, die Jahrhunderte lang an dieser Kuttertruppe allein gefressen haben und es nicht verwinden können, daß sie nunmehr haben Platz machen müssen.

Wider die Linksputschisten.

Laßt euch nicht verwirren!

Der sozialdemokratische Parteivorstand beschäftigte sich am 10. Januar u. a. auch mit dem Offenen Brief der Kommunisten-Zentrale in Nr. 11 der „Roten Fahne“. Das Ergebnis der kurzen Aussprache konnte der Vorsitzende unter allgemeiner Zustimmung dahin zusammenfassen:

Die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Parteien Deutschlands hat an die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, darunter auch an unsere Partei, die öffentliche Anfrage gerichtet, ob sie ein von ihr entworfenes Aktionsprogramm zu unterstützen bereit seien. Sie erwartet die Antwort bis zum 13. Januar 1921. Nichtsdestoweniger erläßt die Zentrale schon am 9. Januar in der „Roten Fahne“ folgende Erklärung:

„An unsere Organisationen ergeht nunmehr die Aufforderung, im ganzen Reich die Aufforderungen, die an die Zentralkomitees der politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterkraft gerichtet sind, unmittelbar zu richten an die Proletariat, die in diesen Organisationen sich befinden. Sie werden klar und deutlich antworten, und ihre Antworten werden entscheidend sein sowohl für die Aktion selbst als auch für diejenigen der Arbeiterführer, die sich weigern, das zu tun, was die Massen nun zu tun fordern.“

Die Zentrale der KPD hat damit ihr eigenes plummes Ziel entlarvt. Indem sie, ohne die Antwort der befragten Organisationen abzuwarten, ihre Organisationen auffordert, den Zersplitterungskampf weiter in die Arbeiterbewegung zu tragen, hat sie ihre offene Anfrage selbst erledigt.

Die Zentrale der KPD hat versucht, nach den Worten ihres Meisters Lenin zu handeln, der in seiner Schrift: „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, folgende Parole ausgibt:

„Man muß es verstehen, wenn es nötig ist, sogar List, Schlaueit, illegale Methoden, Verschlebung der Wahrheit anzuwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen.“

Die geforderte Schlaueit hat die Zentrale der KPD allerdings nicht bewiesen, da sie durch ihre vorzeitige Aufforderung an ihre Organisationen die Absicht zu neuem Wortbruch, wie sie ihn bisher auch bei allen gemeinsam vorbereiteten Aktionen verübte, nur allzu deutlich verraten hat.

Die sozialdemokratische Partei wünscht nichts dringender, als die Wiederherstellung der Einheit des Proletariats, die von den Kommunisten in verbretterischer Weise zerstört worden ist. Nur durch die Einheitsfront können Widerstandsaktionen verhindert werden, die nutzlose Opfer fordern und ein Verbrechen an der Arbeiterklasse sind. Die sozialdemokratische Partei warnt ihre Anhänger aufs nachdrücklichste, der Parole, die nur zur Verwirrung und zur Niederlage führt, Folge zu leisten.

Wirklichkeitsinn oder Phrasendunst?

Die beiden Rechtsparteien, Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei, haben am Sonntag den Wahlkampf für Preußen eröffnet. Herr Hergt von den Deutschnationalen hat kein altes Ordnungsprogramm über den Haufen geworfen. Er, der verlogene Eigner, den es unter den deutschen Politikern gibt, hat Stein und Bein geschworen, daß dieses bekannte Ordnungsprogramm vom September 1919 ein Angebot zur gemeinsamen Regierung mit der Sozialdemokratie gewesen sei. Das Wahlprogramm des Herrn Hergt ist natürlich merkwürdig „national“. Herr Hergt begnügte sich darauf für die Ordnung, die er im Sinne eines neuen Sozialistengesetzes auslegte, rühmte die Landwirtschaft und entwickelte ein Programm für die „Einheitsfront der Arbeiter in der Wirtschaft“, die erreicht werden soll durch Gewerkschaften und wirtschaftsrechtliche Gesinnung. Ueber dem ganzen aber schwebte der Schrei nach Wiederherstellung der Monarchie.

Zu dem Hauptprogramm hat die Sozialdemokratie nicht viel zu sagen. Das Hergtsche Ordnungsprogramm war ausgedacht, das Hergtsche Ordnungsprogramm ist Herr von C-

denburg-Januschau entworfen. Es ist nichts als eine Sammlung der alten konservativen Redensarten, und Herr Hergt beweist nichts weiter, als daß er und seine Freunde durch Weltkrieg und Revolution endgültig nichts gelernt und nichts vergessen haben.

Die Deutschen Volksparteier sind natürlich einige Grade vernünftiger, als die Deutschnationalen. Man wird ihnen nicht zu nahe treten, wenn man annimmt, daß ihr letztes Ziel (vorläufig) eine breite Regierungskoalition von der Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten ist. Deshalb hütet sich die Volkspartei, die Sozialdemokratie im Stile Hergts zu beschimpfen. Umso stürmischer begeistern sich aber die Volksparteier für Preußens historische Sendung, für den alten Geist Preußens, den Geist Potsdams, die weltgeschichtliche Größe der preussischen Junker. All das wollen sie wieder herstellen, und Preußen soll „unter dem schwarzen Adler“ wieder „Parademarsch“ machen.

Entsetzliche Vorstellung! Es gehört ein seltsames Maß von Weltfremdschheit dazu, um zu übersehen, daß eine solche Politik das Reich sofort sprengen und das Ausland zu den ausgesuchtesten Torturen gegen das deutsche Volk anstacheln würde. Aber die volksparteilichen Politiker meinen das auch nicht so ernst, wie ihre Festredner, die Professoren und Oberlehrer.

Es ist natürlich sehr leicht, die Hergtschen Scharfmachereien und die romantischen Träume der Volksparteier zu verpöten. Aber wir dürfen die Gefahr nicht übersehen, daß meine Kreise der Wählerkraft darauf hereinfallen werden. Reaktion ist ja das Unglück der besiegten Völker, das zu allem anderen Unglück hinzukommt. Hat nicht erst der Bremer Volkseigenen gezeigt, daß die Wahnsinnspolitik der Kommunisten weitest Volkstreife, auch zahllose Proletariat, ins Lager des Bürgertums zurücktreibt? Der bolschewistische Schreden ist ungeheuer wirksam.

Die Sozialdemokratie hat auf ihrem Berliner Bezirkstag beschlossen, nicht mit der Deutschen Volkspartei zusammenzugehen. Der Beschluß ist gut; er wäre noch viel besser, wenn die Berliner Genossen hinzugesetzt hätten, daß es für uns auch kein Partieren mit dem Volksgewissens gibt.

Die Abtretung der Rheinschiffe.

Der Schiedspruch betreffend Abtretung der Rheinschiffe zur Befriedigung französischer Bedürfnisse nach § 337 des Friedensvertrages ist Sonntag nach einjähriger Verhandlung durch den amerikanischen Schiedsrichter Hynes gefällt worden. Es wird bestimmt: 1. Deutschland hat 254 150 Tonnen Kohlenraum und 237 061 Pferdeparthen (Schlepper) abzugeben. 2. Deutschland hat die Einrichtung der Radikal-Alt-Gen. Rheinschiffahrt im Hafen von Rotterdam abzuleiern. 3. Frankreich erhält 76 Prozent der Aktien der Reichsschiffahrtsgesellschaft Gendeb aus Mannheim. 4. Schiffsraum und Schiffskraft zu 3. werden auf die in 1. bestimmten Abtretungen angerechnet.

Die deutsche Belastung bleibt hoch, aber hinter den französischen Ansprüchen erheblich zurück. Von deutscher Seite wird anerkannt, daß der Schiedsrichter Hynes in seinem ausschließlichen begründetem Spruche bemüht war, unparteiisch zu urteilen.

Teilnahme Amerikas an einer Entwaffnungskonferenz?

Der „Chicago Tribune“ zufolge hat Frankreich die Vereinigten Staaten eingeladen, an der im Januar stattfindenden Konferenz teilzunehmen, die sich mit der Frage der Entwaffnung und Wiedergutmachung Deutschlands gemäß der an Deutschland am 31. Dezember gerichteten Note befaßt. Es wurde eine Note nach Washington gerichtet. Man glaubt, daß Wilson die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz ablehnen wird.

Auch eine Verletzung des Friedensvertrages.

Die Nichtbelieferung der französischen Zivilbevölkerung in Mainz mit Milch wird in einer dem Auswärtigen Amt zugegangenen Beschwerde als Verletzung des Friedensvertrages hingestellt. Da Deutschland nicht einmal über die Belagerungen verfügt, um seine Säuglinge und Kranken damit zu versorgen, ist es mehr als ein unbilliges Verlangen, ihm Milch für die französische Zivilbevölkerung im besetzten Gebiet abzuverlangen.

Amerikanische Milchläbe für Deutschland.

11. Berlin, 11. Januar. Der amerikanische Dampfer „Arrow“ der Sykes-Line ist am 8. Januar von Galveston abgegangen und trifft im Laufe des Monats Januar mit 700 amerikanischen Milchläben in Bremen ein.

Deutsche Hilfe beim Sinnfeinausland 1916.

Die englische Regierung veröffentlicht ein Weißbuch, welches Korrespondenzen verzeichnet mit deutscher Verbindlichkeit mit Retirierten der Sinnfeinausland während des Krieges enthält. Man findet darin Erklärungen des ehemaligen deutschen Kaisers und Hindenburgs an die deutsch-irische Gesellschaft. Außerdem enthält das Weißbuch mehrere Schriftstücke des damaligen Staatssekretärs des deutschen Auswärtigen Amtes, Zimmermann, sowie die Korrespondenz Sir Robert Cates-

Eine Umbildung des Kabinetts ist nunmehr mit Sicherheit zu erwarten, da drei Minister vom erstenmal in den Senat gewählt wurden, nämlich die Abg. Sommorat, Unterrichtsminister, und Breton, Hygieneminister, sowie der Finanzminister Marjal, der dem Parlament bisher nicht angehört. Auch Justizminister L'Hopiteau wurde gewählt. Der Landwirtschaftsminister Ricard, der dem Parlament gleichfalls nicht angehört, wurde nicht gewählt.

Der ehemalige Präsident der Republik, Deschanel, wurde in seinem alten Wahlkreis Eure-et-Loire gewählt. Zu den Gewählten gehören auch die früheren Minister Chéron, Doumergue, Cambes und Doumer sowie der Oberstaatssekretär des „Matin“, Henry de Fournel. In den Bezirken Lube und Cher sind die Kandidaten der Kommunisten vernichtet worden.

England.

Krisis in der Baumwollindustrie.

Die englische Baumwollindustrie macht gegenwärtig eine sehr schwere Krisis durch. Über 100 000 Arbeiter sind auf die Hilfe der Unterstützungskassen ihrer Verbände angewiesen, doch sind diese bereits der Erschöpfung nahe. Im ganzen sind 37 000 Arbeiter unterstützungsbedürftig. In Burney sind 23 000 Arbeiter arbeitslos.

Demonstration gegen die deutsche Flagge.

Beim Einlaufen des Dampfers „Glea“, der am 18. Oktober in London anlegte, um Kohlen zur Weiterfahrt nach Stettin zu laden, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. In Anbetracht der feindseligen Haltung der demonstrierenden Menge mußte die deutsche Flagge niedergeböhrt werden.

Spanien.

Politisches Attentat.

Als der Zivilgouverneur von Valencia am Freitagabend im Wagen das Theater verließ, gab es etwa ein Dutzend Leute gegen 30 Revolverkugeln auf ihn ab, ohne ihn zu treffen. Durch die Schüsse wurden ein Palast und ein Kind schwer verletzt. Die Angreifer ergriffen sofort die Flucht, und keiner von ihnen konnte festgenommen werden.

Vereinigte Staaten.

Keine amerikanisch-kanadische Marineallianz.

Staatssekretär Daniels erklärte, daß er nicht die Absicht habe, eine Marineallianz im Pazifik (Stillen Ozean) einzugehen. Das Gerücht davon sei jedenfalls durch das Zusammenreffen der Admirale der amerikanischen und kanadischen Flotte in Pazifik entstanden.

Kanada.

Das Auswanderungsland der Reichen.

Um die Einwanderung nach Kanada hinauszuhalten, wurde, wie der „Auslandsdeutsche“ schreibt, die Summe von 50 Dollar (12 Pfd. St.), die bei der Einwanderung seit her bei der Landung vorzulegen mußte, auf 250 Dollar (ungefähr 62 Pfd. St.) erhöht. Für jedes Familienmitglied müssen weiterhin 125 Dollar (31 Pfd. St.) vorhanden sein, soweit es das 18. Lebensjahr überschritten hat. Für Kinder ist die Summe von 50 Dollar (12 Pfd. St.) vorzulegen. Das Gesetz trat am 15. Dezember für die amerikanische Grenze, am 1. Januar auch für die Häfen in Kraft. Berechnen wir das Pfd. St. jetzt zu etwa 260 Mk. und setzen wir für die Ueberfahrt pro Person 8—11 000 Mk. an, so muß eine Auswandererfamilie von 5—6 Köpfen mindestens 100 000 Mark zur Verfügung haben, ohne die Schwierigkeiten der Einreise, die schlechte Lage des Arbeitsmarktes und den Haß gegen alles Deutsche, der ja noch immer herrscht, zu berücksichtigen.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 11. Januar.

Die Bürgerschaft

führte sich in ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre respektvoll ein. Sie erledigte in einem Zuge 31 Senatsvorlagen, von denen allerdings eine Anzahl einer Ausbesserung unterzogen werden soll und einige diese Prozedur bereits durchgemacht hat. Vor Eintritt in die Beratungen widmeten sowohl der Vorsitzende G. Ehlers, wie der Spezialkommissar des Senats, Senator Kulekamp, dem in den Ruhestand getretenen Bürgermeister Dr. Fehling Worte der Anerkennung für dessen dreißigjähriges Wirken zugunsten des Lübk. Staates. Dann sollte sich die Tagesordnung wie am Schnürchen ab. Aus den kleinen Reden hätte hervorzugehen, daß Herr Dr. Kulekamp das Hochfest gegen den Vorwurf der Ueberarbeitung des Staates bei der Gaslieferung in Schuß nahm und die Royalität des Werkes heranschnitt. Eine Bemerkung, die Senator Dimpker als Einschüchterung des an sich anerkanntswürdigen Gegenstandes bewertete. Der Direktor des Hochfestwerkes ist aber im Irrtum, wenn er glaubt, der „Volksbote“ wolle ihm aus alter Freundschaft etwas an Zeugnis fließen. Wir erkennen das Gute an, wo wir es finden, und verlernen auch nicht, daß das Hochfestwerk unter dem Einfluß Dr. Neumarkts durch reiche Zuwendungen manche Not lindern half. Wir halten es aber für feil, wenn große Ueberhöflichkeit nicht erst mit Gewalt herausbeschoren werden, sondern daß durch mäßige Gewinnerzielung ein allgemeiner Preisabbaue eingeleitet wird. Dann wird eine Ueberordnung verhindert und das Umfassen der Not gebremst. Ueber die Wohlthätigkeit des Hochfestwerkes machen wir uns unsere eigenen Gedanken. Borelli geht es ja dem Hochfestwerk gar nicht schlecht — wir wünschen ihm etwas Derartiges schon im Interesse der dort Beschäftigten Arbeiter nicht — denn die neuen Aktien sind ja bereits auf den Kursstand von 500 hinaufgeklommen.

Die Handwerkerliste wurde einem Ausschuss übergeben. Genaue Hart gab dem Ausschuss auf den Weg, sich auch der Schöpfung und der Jagdhande freundschaftlich zu erinnern. Die Rechte des Hauses war über den Antrag des Genossen Wollradt, die Steuer in der Stadt auf 75 Mk. (Hamburg zahlte 75, Berlin 100 Mk.) zu erhöhen, recht angebracht, und Herr Hertz wünschte eine allgemeine Steuer von 20 Mk. Bei der bekannten Bescheidenheit der Arbeiter hätte es uns nicht wunder genommen, wenn sie noch die Zahlung einer Staatsprämie für das Handwerkerhandwerk hätten. Da es sich in der Hauptsache um Handwerker handelt, die ihren „Irenen“ Freude und Vergnügen nicht gern haben und der ihnen angebotenen großen Augen in, sollten sie sich doch nicht scheuen, dem Staate der Selbstentwertung entsprechend das zu geben, was er haben muß. Gebildet, Angewandte und Beamte, die die Sorge um die Ernährung mehrerer Kinder drückt, müssen weit größere Opfer bringen. Bei Verhandlung zwischen Senat und Fraktionen über unsere Finanzen wurde gerade seitens des Senats betont, man müsse alle Steuern auf den vollen Ausschöpfen. Hier ist eine Schwäche, an dem nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung liegt. 2507 Punkte waren in der Stadt und 1171 auf dem Lande vorhanden. Sie bringen 24 884 resp. 8872 Mk. Steuern, die heute in unserem Staat nicht eingehoben werden. Nach dem beantragten Tarif würden etwa 100 000 Mk. mehr einkommen. Hier ist doch Freude und Freude genug, man muß eben heutzutage zahlen. Die ganz Beschäftigten, die sich aus besonderen Umständen einen Hund halten müssen, werden wie bisher auch in Zukunft auf Antrag beim Sozialamt notwendige Erleichterungen erhalten.

Beim Senatstag über die Auslösung der Steuern wurde beschlossen, Senatspräsident Mehlhorn den neuen Steuerentwurf

mens der Mehrleute und erhoffte ein solches auch bei einem event. neu zu errichtenden Ortshaus. Kurz nach 8 1/2 Uhr war die heiligend lang geratene Tagesordnung erledigt.

Der Kampf um die Futterrippe.

Aus Metallarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Als es den Neufommunisten im Dezember v. J. durch Zufallswahl gelungen war, den Posten des ersten Bevollmächtigten in der hiesigen Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu erhalten, herrschte große Freude über diesen Sieg. Doch als neugewählter Bevollmächtigter wollte dem auch gleich nach Neujahr als besoldeter Vorgesetzter diesen Posten antreten. Daß es auch Ehrenämter in den Gewerkschaften gibt, wissen er und seine Freunde nicht. Hierdurch zeigen sie, daß sie auch das Statut des Verbandes und die Beschlüsse der Generalversammlungen nicht kennen und haben dadurch schon den Beweis erbracht, daß sie gänzlich unfähig sind, die Geschäfte des Verbandes zu leiten. Jetzt ist ihnen ein Licht darüber aufgegangen, daß der bisherige Bevollmächtigte, der als Geschäftsführer 13 1/2 Jahre angestellt ist, nicht so ohne weiteres von seinem Posten entfernt werden kann. Nun soll am Dienstag, dem 11. Januar, in einer Mitgliederversammlung darüber abgestimmt werden, ob dem Geschäftsführer gekündigt werden soll. Sollte der Kündigung stattgegeben werden, betrachte ich mich als besoldeter Angehörter des Verbandes. Mes dürfen sich die Kollegen unter keinen Umständen gefallen lassen, denn ich habe mich nicht deshalb als Bevollmächtigter wählen lassen, um der Leitung einen andern Kurs zu geben, sondern nur um einen besoldeten Posten zu haben, und darüber sind selbst keine Anhänger entsetzt, wenigstens in dem Betreibe, in dem ich beschäftigt bin. Bisher war es üblich, und so muß es auch bleiben, daß solche Posten öffentlich ausgeschrieben und nach Eingang der Bewerbungen einige Kollegen zur engeren Wahl gestellt werden. Kollegen, die sich um einen solchen Posten bewerben, müssen den Nachweis erbringen, daß sie jahrelang für den Verband tätig gewesen, mit den Verwaltungsarbeiten und den Kassengeschäften vertraut sind, denn der erste Bevollmächtigte ist dem Vorstand gegenüber für die Tätigkeit der Gesamtverwaltung verantwortlich. Eine große Klippe und Phrasendrescherei genügt zu diesem Posten nicht. Ich erlaube alle Kollegen, insbesondere die älteren, die den Verband mit Hoch gebracht haben, die nicht gewillt sind, daß auf so unfaire Art ein Kollege als besoldeter Beamter angestellt wird, am Dienstag in der Versammlung zu erscheinen, und gegen derartige Machinationen energisch Protest einzulegen.

Fischerei-Ausstellung. Vom 21. bis 23. Januar wird vom Fischereiforschungsverein Lübeck-Schleswig eine Fischereiausstellung in der Auktionshalle des Zentral-Fischmarktes veranstaltet. Die den Zweck hat, die Bevölkerung von Lübeck und Umgebung näher mit unseren Meeresbewohnern und der Art ihrer Verarbeitung und Zubereitung vertraut zu machen. Außerdem soll die Ausstellung zeigen, wie vielseitig die Methoden der Verarbeitung und Zubereitung der Fische ist, und wie stark alle einschlägigen Geschäfte an dem Blühen der Deutschen Hochseefischerei beteiligt sind. Es kommen hier nicht nur Fischmehl- und Motorwerke mit ihren mannigfachen Schiffsmaschinen, Seilmaschinen und Verschlußmaschinen in Frage, sondern es werden auch die zum Versand nötigen Blechballagen und anderes vertreten sein. Neben der Fischindustrie, die zum Teil aus ihren Erzeugnissen Koloproben geben wird, wird auch ein Einblick in die Fischerei gegeben. Besonders das letztere ist von Wert, denn mancher Lübecker weiß heute noch gar nicht, wie schmachtig diese Fische sind, an denen er früher achtlos vorüber ging. Die Ausstellung soll aber auch ein Bild von dem ganzen Betreibe des Fischmarktes geben. Das ist auch der Grund, weshalb die Ausstellung die ganze Veranstaltung in den Zentral-Fischmarkt verlegt hat. Zwar ist hier der Raum beschränkt, und es konnten nicht alle Bewerber um Ausstellungsplätze berücksichtigt werden, aber die Ausstellung soll nur den Lübecker Fischmarkt in seinem Betriebe zeigen, und es ist an Ort und Stelle am anschaulichsten zu machen.

Streik auf den Holzlagerplätzen. Sämtliche auf den hiesigen Holzlagerplätzen beschäftigten Arbeiter sind wegen Lohnhöhenunterschieden heute vormittag in den Streik getreten. Der Lohn ist abgefallen, eine Einigung über den neuen war noch nicht zu erzielen.

Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiten. Man schreibt uns: Ein stiller, aber Kampf wird seit einigen Monaten zwischen der hiesigen Verwaltungsstelle des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiten und den Arbeitgebern im Gärtnergewerbe durchgeföhrt. Dem Zuge der Zeit folgend, machen auch die Beschäftigten des Gärtnergewerbes zur Verbesserung ihrer bedauerlicherweise wirtschaftlichen Lage von den Einrichtungen zur Erhaltung des Wirtschaftsfriedens, von der Einrichtung der Schlichtungsausschüsse zur Fällung von Schiedssprüchen Gebrauch. Da nun die Arbeitgeber des Gärtnergewerbes bei dem beispiellos miserablen Lohn in diesem Gewerbe naturgemäß vor dem Schlichtungsausschuss stets den kürzeren ziehen, so ist es nur zu begreiflich, daß die Arbeitgeber auf Mittel und Wege sinnen, um sich der Spruchpraxis des Schlichtungsausschusses zu entziehen. In irgend welche Anstalten braucht man sich bei diesem Betreiben ja auch nicht zu flüchten. Man erklärt einfach die Gärtner zur Landwirtschaft und beschneidet die Zuständigkeit des gewerblichen Schlichtungsausschusses. Die „Umwandlung“ des Gärtnergewerbes zur Landwirtschaft ist recht eigentümlich. Man laßt für die Jahrtausende von Markt, die man jährlich an den Kolthubermann für das Abrollen der fertigen Gärtnererzeugnisse zur Bahn oder zum Schiff macht, ein paar Pferde, um dieses Abrollen sowie auch sonstige Materialfahrten in eigener Regie zu betreiben (man erachtet also nebenbei ein Kolthubunternehmen), man baut einen Stall und stellt ein paar Kühe hinein, lediglich um selbst mit Milch und deren Produkte versehen zu sein. Den unternehmischen, hochintelligenten und hochwichtigen Proletariatskader läßt man nicht kommen. Man legt sich einige, oder auch ein Duzend Schweine in den Stall, nur zu dem Zweck, um in diesem für hunderte andere Kolthubereien unerschwinglich gewordenen Kärrerungsmittel Schweinen zu können, und der „landwirtschaftliche Betrieb“ ist fertig. Man denkt mit dieser Umwandlung des Gärtnergewerbes zur Landwirtschaft gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Erstens glaubt man, um die aus den Schiedssprüchen resultierenden Lohnhöhenunterschiede herumzukommen; zweitens hofft man auf dieser Weise im Handumdrehen den Wirtschaftsentzug ins alte Gießen werfen zu können. Arbeiter Lübeck! Verwahrt Euch in Eifer. Das ist es uns gelungen, die Anschläge der Unternehmer abzumachen. Ob dieser Jahre Kampf aber weiter erfolgreich behanden werden kann, wird wesentlich von der Unterstützung der gesamten Lübecker Arbeiterklasse abhängen. Arbeiter Lübeck! Verlasst Euch nicht nur auf diese moralische Unterstützung, sondern laßt auch die Gärtner und Gärtnerarbeiten zusammenkommen. Hier die auf. Wenn aber im Frühjahr der offene Kampf entbrennt, dann laßt Euch auf weitgehende Unterstützung.

Cessantische Versammlung. Mittwoch, den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr, sprach die Landtagsabgeordnete Schwester Lotte Müller-Rankrell im „Gewerkschaftshaus“ über die Beschäftigten der Textilindustrie und mit Frauen. Wir machen insbesondere unsere Parteigenossinnen und alle Mitglieder einer Genossenschaft der so notwendigen Wohlfahrtsarbeit auf diesen Vortrag aufmerksam. Schwester Lotte Müller-Rankrell ist eine der besten Arbeiterinnen, die es versteht, sich die Aufmerksamkeit ihrer Zuhörer durch reichhaltiges Material zu erlangen. Nach dem Vortrag findet eine Aussprache statt.

Das Hochfestwerk überwiegt dem Verein der Renteneinpfänger von Lübeck — wie diese uns schreibt — im November und Dezember je 1000 Zentner Holz zum billigen Preis, außerdem littete der hiesige Konsum in 2000 Mk. Große Freude haben diese Gaben bei den Mitglieder des Vereins hervorgehoben, den alten Männern und Frauen, die nach einem arbeitsreichen Leben sich jetzt in dieser Zeit der Leistung mit 60 bis 100 Mk. im Monat durchschlagen müssen. Der Verein schloß sich der Zentrale für private Fürsorge, Königsstraße 19, an, die gern bereit ist, weitere Gaben für die Renteneinpfänger anzunehmen.

Aktion, Delegierte und Vorstandsmitglieder des Ortsausschusses und Ufa. Am Mittwoch, dem 12. ds. Mts, abends 7 1/2 Uhr, findet im „Gewerkschaftshaus“ eine gemeinsame Sitzung der Delegierten des Ortsausschusses, der Ufa und sämtlicher Vorstandsmitglieder der in diesen Organisationen zusammengeführten Verbände und Angestelltenorganisationen statt. Das Erscheinen aller in Frage kommenden Personen ist notwendig, da die produktive Erwerbslosenfürsorge (Hamburg-System) beraten werden soll.

Arbeiter-Bildungsverein. Am Mittwoch wird Herr Lehrer Büttcher über das Thema: „Sumoerbi uns plattdeutschen Dichters“ sprechen. Der Vortragende wird Lau, Rinar u. a. behandeln und vor allen Dingen auch Proben der Dichter geben. Ein genußreicher humorvoller Abend steht zu erwarten. Näheres siehe in der Anzeige.

Aktion, Jungsozialisten. Die für heute, Dienstag, angelegte außerordentliche Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus findet der Metallarbeiterversammlung wegen nicht statt.

Stadttheater. Mittwoch wird im Besitze des Verfassers, Herrn Franz Düllberg, das Drama „Cardenio“ zum ersten Male hier in Lübeck aufgeführt. Donnerstag wird „Dettinas Verlobung“ wiederholt. Auf das Gastspiel der Altputaner-Gesellschaft am Freitag nachmittag, die auf große Erfolge an den ersten Bühnen zurückblicken können, „Schneewittchen“ machen wir ganz besonders aufmerksam; abends wird „Undine“ wiederholt. Am gleichen Tage findet im „Kolosseum“ ein „Bunter Abend“, veranstaltet von der Künstlergilde des Stadttheaters, statt.

Angrenzende Gebiete.

h. Travemünde. Ein Feuer entbrach heute vormittag 10 Uhr im Hause Lortstraße 37. Das Feuer entbrach dadurch, daß die Kinder in Abwesenheit der Mutter mit Streichhölzern spielten. Glücklicherweise konnte der Brand infolge rechtzeitigen Eintreffens der Feuerwehr auf keinen Heft beschränkt werden. Die Familie wurde auf Anordnung des Leiters der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde einstweilen im Schmelzernheim untergebracht. Herr Köhler vom „Deutschen Kaiser“ übernahm in dankenswerter Weise die Verpflegung der Kinder bis zur ordnungsmäßigen Unterbringung der Familie. Die Mobilien, die teilweise beschädigt sind, wurden im Kolosseum untergebracht.

Flensburg. Eine Hausung nach Waffenzeitige nach bürgerlichen Blättermeldungen ein überraschendes Ergebnis. Es wurden sehr viele Waffen und Munition beschlagnahmt. Die Flensburger Vorgänge. Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Eine Meldung der Telegraphen-Union berichtet die Darlegungen, die Minister Seering im Hauptausfluß der Preussischen Landesversammlung über die Erziehung des Kommunismus gemacht hat. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Ausführungen des Ministers sich auf den ersten Bericht der unmittelbar an der Verfassung Hoffmanns beteiligten Beamten stützen. J. B. liegt der Mitteilung, daß Hoffmann bei seiner Flucht gefesselt wurde — gegenüber der die Telegraphen-Union behauptet, daß Hoffmann nicht gefesselt worden sei — die Aussage des Mannes, der Hoffmann abführte, zu Grunde. Ich nahm ihn in die Kette.“ Im übrigen hat das Ministerium des Innern selbstverständlich eine genaue Untersuchung angeordnet, deren Ergebnis in Berlin noch nicht abgeschlossen vorliegt.

Schwerin. Tumult im Landtag. Nach einer Rede des Staatsministers des Innern über die Inangriffnahme von Arbeitslosenfrage verlangte der kommunistische Abg. Kollwitz keine Reden, sondern Laten und stellte den Dringlichkeitsantrag, die Arbeitslosen einmalig mit 800 bzw. 500 Mk. zu unterstützen. Die Mehrheitssozialdemokraten unterstützten diesen Antrag nicht. Jetzt entbrach ein wüster Lärm auf der Tribüne, gemeine Schimpfworte wurden den Mehrheitssozialisten entgegengeschleudert, und der Präsident mußte die Sitzung unterbrechen. Nur mit Mühe gelang es, die Tribüne durch Sicherheitswehr von den Kommunisten zu säubern. Die Ausgänge wurden dann militärisch besetzt. Als dem Antrag der Kommunisten, sofort die Sitz zurückzugeben, nicht entsprochen wurde, verließen die kommunistischen Abgeordneten das Haus.

Theater und Musik.

Die trostlosen Witterungsverhältnisse der letzten Zeit üben einen geraden verberenden Einfluß auf den Spielplan unseres Stadttheaters aus. Für Sonnabend war Plottus „Martha“ angesetzt. Da ein Teil der Sänger wegen Heiserkeit abgehen mußte und eine Umbelegung nicht mehr möglich war, mußte man Verdis „Trubadour“ herausziehen. Aber nur mit Ach und Krach konnte die Oper bis zu Ende aufgeführt werden. Auch „Rigoletto“, die beliebte Oper Ambroise Thomas, war Sonntag fast gefehlt. Die Aufführung kam nur dadurch zustande, daß drei Gäste von außerhalb mitwirkten und Peter Höllriegel, der bekannte, vielgewandte Gast von Travemünde, heilend eintrug. Der Wilhelm Meister sang Max Felt mit vom Landesheatter in Schwerin mit ebenso köhner Stimme wie bewundernswert deutlicher Aussprache. Für Rigoletto war Emmi Horn ebenfalls aus Schwerin gewonnen worden. Eine überaus lyrische Wagnersche Bravoursang sie das bekannte Lied „Kennst du das Land“, und auch im Duett mit Katharina „Der Schalken in den Wäldern“ erkrankte sie durch ihre bezaubernd köhnen Stimmführung. Wähle die köhnte Schauspielerin, sang Inge Thorsen vom Stadttheater in Hamburg. Die Volontären-Arie „Ich bin Titania“ brachte ihr rauschenden Beifall bei offener Szene ein. Inge Thorsen ist eine Koloratursängerin von recht vielen Gaben. In der Rührung Katharina hatte Christian Köhler nur zu schwer zu tragen. Er lag sich aber immerhin mit einem Anstand aus der Affäre. Josef Samendberg war ein ansehnlicher Jarno. Peter Höllriegel gab dem Quartett Leben und Farbe. Was sonst noch auf der Bühne kramte und fluchte, trug kein rechtlich Teil zum Gelingen des Ganges bei. Die von Dr. Erdmann von Kusselbach verantwortete Aufführung fand unter der geistlichen musikalischen Leitung Wolfgang Wört in sei dem vollständig ausverkauften Hause starken Beifall. Insbesondere waren die drei aussergewöhnlichen Gäste Mittelpunkt und Gegenstand der Beifallsstimmungen.

Geschäftliches.

Zum Nutzen arbeitsloser Künstler. Wie anderorts, so läßt sich auch in Lübeck eine Anzahl engagementsloser Künstler auf. Um ihrer Not zu helfen, haben sie sich zusammengesetzt. Sie wollen im „Hank-Cafe“ in der Breiten Straße jeden Donnerstag und Sonntag nachmittag 4 1/2 Uhr ihren künftigen Bühnen-Tee veranstalten. Es befinden sich erstklassige Künstler darunter, die das Publikum am zahlreichsten Besuch bitten. Die erste Veranstaltung ist Donnerstag, den 12. ds. Mts. Eintritt inkl. Steuer 1,20 Mk.

Nach dem gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Oskar Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer. Druck: Fein-Steinberg, Druck, Lübeck. Vertrieb: Roser & Co. Lübeck in Lübeck.

Inventur

Das Großreinmachen im Haushalt des Kaufmanns. Fächer, Schränke, Kisten und Kästen werden vom Erd- bis zum Dachgeschoß auf ihren Inhalt geprüft. Waren, im Orange der verfloßenen Geschäftsjahre nicht beachtet oder übersehen, kommen wieder zum Vorschein und werden jetzt gern gesehen und bevorzugt. Der seit 6 Jahren in einen Dornröschenschlaf versenkte „INVENTUR-AUSVERKAUF“ trat daher dieses Mal mit derartiger Lebendigkeit auf den Plan, die alles Versäumnis mit einem Ruck nachholt. Unsere großzügigen Preisherabsetzungen übten einen lebhaften Anreiz auf die Käufer aus. Sie strömen täglich in heißen Scharen herbei. In stürmischer Weise nützt jeder die wohlfeile Gelegenheit aus. Noch sind gewaltige Mengen dieser billigen Waren vorhanden, ob aber die Vorräte bei diesem Andrang bis zum Schluß (19. Januar) des Ausverkaufs standhalten werden, das können wir heute noch nicht sagen.

Karstadt

Arbeiter-Bildungsverein

Versammlung

am Mittwoch, dem 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Vortrag von Herrn Lehrer Lütke: „Fragen der sozialen Demokratie.“
Wahl eines neuen Vorstandes.
Nachtrag: 12.1.1921

Luisenlust.

Tanzkränzchen.
Eröffnung am 15. Januar.
Großer Preis-Maskenball.

Konzerthaus Lübeck

Jeden Sonntag
Sonntag
Mittwoch

Großer Ballabend

Wer erndet?

Die Arbeiter im Gewerkschaftshaus.
Käse 6.50, 9.00
Margarine 14.00
14.50

Achtung!

Billig! Billig!
Käse 6.50, 9.00
Margarine 14.00
14.50

Schweinebraten

Th. Häveker

Wendland & Wirth

Deutscher Transportarb.-Verb.

Berammlung

am Mittwoch, dem 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
1. Bericht des Vorstandes
2. Bericht

Berammlung

am Mittwoch, dem 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
1. Bericht des Vorstandes
2. Bericht

Felle

Jul. Wagner
Felle aller Arten
Felle aller Arten
Felle aller Arten

Th. Häveker

am Mittwoch, dem 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Th. Häveker

am Mittwoch, dem 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Ringkämpfe

um die Europa-Meisterschaft 1921
der Berufsringler und 25 000 Mark
beginnen Sonntag, 16. d. Mts. im

Gewerkschaftshaus

Mieter wahret Eure Rechte!

Mieterschutzverein

Lübeck e. B.
am Freitag, dem 14. Januar, im großen Saale
des Gewerkschaftshauses.

Konsumverein

am Freitag, dem 14. Januar, im großen Saale
des Gewerkschaftshauses.

Bezirks-Versammlungen

am Freitag, dem 14. Januar, im großen Saale
des Gewerkschaftshauses.

Th. Häveker

am Freitag, dem 14. Januar, im großen Saale
des Gewerkschaftshauses.

Voranzeige.

Chorverein Lübeck.

Sonntag, den 6. Februar 1921:
Maskenball
im Gewerkschaftshaus.

Allgemeiner Deutsch. Gewerkschaftsbund

Ortsausschuß Lübeck.
Arbeitsgemeinsch. fr. Angestelltenverb.
Ortskartell Lübeck.

Gemeinsame Sitzung

am Mittwoch, dem 12. Januar, abends
7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Deutscher Holzarbeiter-Verb.

Zahlstelle Lübeck.
General-Versammlung
am Mittwoch, 12. Jan.
abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Preis-Stat

Mittwoch 7 1/2 Uhr. (1226)
Sadowasttase 11 a

Guido Herfer

am Freitag, dem 14. Januar, im großen Saale
des Gewerkschaftshauses.

Hansa-Theater

am Freitag, dem 14. Januar, im großen Saale
des Gewerkschaftshauses.

Stadttheater Lübeck

am Freitag, dem 14. Januar, im großen Saale
des Gewerkschaftshauses.

Kolosseum.

am Freitag, dem 14. Januar, im großen Saale
des Gewerkschaftshauses.

Heimliche Abtreibung

oder künstlicher Eingriff
am Freitag, dem 14. Januar, im großen Saale
des Gewerkschaftshauses.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübed, 10. Januar.

Beginn 6.25 Uhr. Vorsitz: G. Ehlers.

Der Vorsitzende begrüßt die Bürgerschaft zum neuen Jahre und hofft auf gute Zusammenarbeit im Interesse der Vaterstadt. Ferner gedenkt der Vorsitzende des aus dem Senat geschiedenen Bürgermeisters Dr. Fehling, dem er einen freundlichen Lebensabend wünscht. Eine Eingabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes betr. die Besteuerung des reichsteuerföhlen Einkommens, ist dem Eingabenausschuß überwiesen worden. — Senator Kulschamp gedenkt ebenfalls des ausgeschiedenen Bürgermeisters Dr. Fehling, in dem sich alle Eigenschaften eines hervorragenden Staatsmannes vereinigen. Die Spuren seiner Tätigkeit seien in allen Verwaltungszweigen zu finden. In der Pflege auswärtiger Verbindungen zum Wohle Lübeds habe Bürgermeister Dr. Fehling anständig gearbeitet. 17 Jahre habe Dr. Fehling auch der Bürgerschaft angehört. Wenn Lübed ohne größere Erschütterungen aus den letzten Umwälzungen hervorgegangen sei, sondern sich energisch fortentwickelt habe, dann sei dies in erster Linie der klugen Führung Dr. Fehlings und dem gesunden Sinn von Lübeds Bürgern zu danken. Der Senat habe zum Andenken an das Wirken Bürgermeister Dr. Fehlings den Sitzungssaal des Senates, die Artensstube, mit dem Bilde Fehlings aus der Meisterhand Kalkreuths geschmückt.

1. Antrag: Änderung des mit der Hofhofenwerk Lübed A. G. abgeschlossenen Gaslieferungsvertrages. — Dr. Neumark (D.) ist mit der Begründung des Antrages durch Oberbaurath Hale nicht einverstanden; auch die Bemerkungen des „Lübecker Volksboten“ passen Dr. Neumark nicht. Die Grundlagen des früheren Vertrages seien auch für den Staat gut gewesen, der ebenfalls ein sehr gutes Geschäft dabei gemacht habe. Beim Anziehen der Kohlenpreise seien die Verhältnisse für den Staat ungünstiger geworden. Das habe die Direktion des Hofhofenwerks, die keine ungerechten Vorteile wolle, auch sofort anerkannt. Durch die Zurücksetzung vom Vertrag habe das Hofhofenwerk Opfer und dem Staate 2 Millionen Mark Vorteil gebracht. Die ganze Begründung der Vorlage mache einen schlechten Eindruck und es werde dabei völlig die Lieferungsunmöglichkeit der Kohlen vergessen. Ohne Vertrag hätte Lübed nur die Hälfte Gas zur Verfügung gehabt. Die Gaspreise, die dem Hofhofenwerk bezahlt wurden, hätten betragen: 1916/17: 5,04 Wfa. (Verkaufspreis 13 Pfennig), 1917/18: 7,2 (15) Wfa., 1918/19: 9,8 (18) Wfa., 1919/20: 30,5 (42) Wfa. und nach dem neuen Vertrag 54 Wfa. Der Verkaufspreis 112 Wfa. Die Gaswerke würden bei ihrem eingeschränkten Betrieb viel ungünstiger arbeiten. Der Redner stellt ferner den Antrag, die Anschlüsse in Siems und Rüdich mit Gas und Wasser zu versorgen. — Senator Dimpfer hält den Vorwurf gegen Herrn Oberbaurath Hale für unberechtigt. Das Hofhofenwerk habe Entgegenkommen bewiesen, das aber durch die harte Unterbrechung des Herrn Dr. Neumark abgeschwächt werde. Herr Dr. Neumark könne gar nicht beweisen, daß der Staat nicht mehr Kohlen erhalten haben würde, wenn der Staat das Gas allein erzeugt hätte. Mit den Kohlenpreisen seien auch die Löhne und Gehälter der städtischen Arbeiter und Beamten bedeutend gestiegen. Lübed werde vom Hofhofenwerk mit Gas unregelmäßig beliefert, wie die neue Gasleistung heute wieder bemerke. — Der Senatsantrag wird angenommen. Der Antrag Dr. Neumark abgelehnt.

2. Antrag: Übertragung der Verwaltung der Lübedischen Abgaben an das Landesfinanzamt und Übergang der Geschäfte der Steuerbehörde. — Senator Dr. Vermehren gibt einige Erläuterungen über die Vergütung bei Übernahme der Verwaltung gemeindlicher Abgaben durch das Landesfinanzamt und die Refusinkassen bei Streitfällen. — Dreger (Soz.) äußert sich zustimmend an dem Gesek. — Timmermann (Soz.) wünscht bessere Berücksichtigung der Angestelltenverhältnisse städtischer Beamten, die vom Reich übernommen wurden. Viele seien von dem Wechsel enttäuscht. — Hant (Soz.) betont gegenüber dem Vorredner, die in Frage kommenden Beamten hätten in Gelegenheit gehabt, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Wenn sie ihre Gewerkschaft in Anspruch nehmen würden, könnte es ihre Sache wesentlich fördern. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

3. Antrag: Änderung des Wertzuwachssteuergesetzes. — Wird angenommen.

4. Antrag: Verstärkung der Mittel der Behörde für das Feuerlöschwesen. — Mohr (Dem.) bemängelt die neue Forderung von 135 000 Mk. für ein Feuerwehrautomobil. Man habe doch bald mit einem Preisabbau zu rechnen. Seine Fraktion lehne die Vorlage ab. — Ambrosius (Dem.) macht auf den schandbaren Anblick des Geiselbrennens aufmerksam und fragt, ob keine

Behörde vorhanden sei, dem Hebestand abzuwehren. Vielleicht könne die Feuerwehr dort eingreifen. — Senator Mehrlein hätte es lieber gesehen, wenn der letztere Fall der Behörde gemeldet worden wäre, dann hätte man für Abhilfe gesorgt. Mit einem Abbau der Preise für Feuerlöschsprühen sei vorläufig nicht zu rechnen. Es handle sich um einen preiswerten Belegverkauf. Die Spritze werde notwendig gebraucht. — Mohr (Dem.) betont, die Lieferanten hätten 40-50 % Dividende ausgeworfen und würden sicher bald billiger arbeiten. — Ambrosius (Dem.): Es wäre Pflicht der Beamten gewesen, auf den Zustand am Geiselplatz aufmerksam zu machen. — Der Senatsantrag wird gegen die Stimmen der Demokraten angenommen.

5. Antrag: Erlass eines neuen Hundesteuergesetzes. — Wolfradt (Soz.) tritt für eine Erhöhung der Hundsteuer in der Stadt auf 75 Mk. ein. Ferner soll im § 5 und § 6 statt 45 Tage: 14 Tage gesetzt werden. Die Kuratelle in Travemünde könnten die Steuer bezahlen. — Hent (D.) hält das Halten eines Hundes für unbedingt notwendig und fordert eine Steuer von 20 Mk. — Pauels (Dem.) empfiehlt Kommissionsberatung. — Wolfradt (Soz.) hat gegen Kommissionsberatung nichts einzuwenden. — Senator Mehrlein erklärt, in der Stadt würden 2587 Hunde gehalten, die 34 884 Mk., auf dem Lande 1171 Hunde gehalten, die 8813 Mk. Steuer eingebracht hätten. — Hant (Soz.) empfiehlt dem Ausschuß, die Schoßhunde in der Stadt und die Jagdhunde auf dem Lande nicht zu vergessen. — Ausschußberatung wird beschlossen.

6. Antrag: Aufhebung des Gesetzes über die Einwohnerwehr. — Senator Mehrlein bedauert, daß dieses Gesetz eingebracht werden mußte. Dem Zwange der Exente müsse man sich aber fügen. Die Angst der Exente vor der Einwohnerwehr bestand in der falschen Einrichtung der Organisation in Preußen. Hier habe man jene Fehler vermieden, alles sei paritätisch eingerichtet gewesen. Die Waffen seien hier in ganz vorzüglicher Weise bis zu 90 Prozent abgeliefert worden. Zunächst müsse man sich der Gewalt fügen, aber dafür sorgen, daß die Einwohnerwehr in irgend einer Form wieder aufstehe. Der gute Geist der Einwohnerwehr werde auch einem neu zu schaffenden Heimatschutz obliegen. — Heise (Dem.) und Dr. Roth (D.) widmeten der Einwohnerwehr Worte des Dankes. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

7. Antrag: Verstärkung der Mittel für das Katasteramt. — Wird angenommen.

8. Antrag: Erlass eines Heimstättengesetzes und eines Nachtrages zum Enteignungsgesetz vom 18. Juli 1898. — Hent (D.) wendet sich dagegen, daß das Gesetz schon vorher mit Richtlinien beschwert werden soll. — Schumacher (Dem.) betont, daß es sich ja nur um eine Prüfung handle, wie verfahren werden soll. — Der Senatsantrag wird angenommen.

9. Antrag: Erweiterung der Heringsumfahlanlagen in Travemünde und

10. Antrag: Erhebung einer Abgabe von Heringsversteigerungen in Travemünde herden gemeinsam beraten. — Dreger (Soz.) ersucht, beide Anträge einem Ausschuß zu überweisen, um Unstimmigkeiten aus dem Wege zu räumen. — Senator Dr. Stöckert ersucht um sofortige Erledigung, da jeden Tag große Heringsfänge einlefen könnten. — Der Antrag Dreger (Soz.), den auch Timmermann (Dem.) unterstützt wird angenommen.

11. Antrag: Bau einer Scheune für das Röhrlager in Röhrlager. — G. Reimpell (D.) macht auf die hohen Kosten aufmerksam, die sich alles in allem auf 65 000 Mk. belaufen. Die Einnahmen der Fische seien nur gering. Der Ausschuß wisse aber seinen andern Ausweg. — Der Senatsantrag wird angenommen.

12. Antrag: Gehühnerordnung der Baubehörde. — A. Pape (fraktionslos) wünscht Vichtung der Mähen, besonders in der Nachweh-Allee. — Der Senatsantrag wird angenommen.

13. Antrag: Herstellung einer Frischwasserleitung. — Wird angenommen.

14. Antrag: Bauliche Verbesserungen im Röhrlager Kauf zu Travemünde. — Wird angenommen.

15. Antrag: Erhöhung der Stielabgaben von den Grundstücken des Strandgebietes Travemünde. — Wird angenommen.

16. Antrag: Vorkaufsrecht der Finanzbehörde auf Grund des Reichsbedelungsgesetzes. — Wird angenommen.

17. Antrag: Hausmeisterwohnung im Dachgeschoss der Finanzbehörde. — Pape (fraktionslos) bedauert, daß die Baubehörde nicht einige tausend Mark übrig habe, um beschädigte Häuser instand zu setzen. Wo Schäden angerichtet sei, sollte man diesen nach Möglichkeit wieder gut machen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

18. Antrag: Umbau des ehemaligen Reichshauses auf dem Stadtamt Karlsplatz. — Wird angenommen.

19. Antrag: Anweisung von Kosten der Erwerbslosenunterstützung. — Wird angenommen.

20. Antrag: Bewilligung eines Vorschusses für den Ankauf von Ziegelsteinen. — Ambrosius (Dem.) gibt den Kommissionsbericht. Eine Verpflichtung des Staates zum Abschluß des Vertrages mit der Ziegelfabrik bestehe nicht. Es liege auch nicht im Interesse des Staates, Ziegelsteine zu kaufen und sie wieder an Dritte abzugeben. Der Ausschuß beantragt die Ablehnung der Senatsvorlage. — Die Senatsvorlage wird abgelehnt.

21. Antrag: Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für die Musikhalle. — Weidhoff (D.) macht auf viele notwendige Reparaturen aufmerksam. Eine Kommission müsse die ganze Vorlage prüfen. — Mohr (Dem.) hält gleichfalls manches für reparaturbedürftig. — Ambrosius (Dem.) fordert mit Rücksicht auf die heute vielfach beliebte Begriffsverwechslung von Wein und Wein eine genaue Kontrolle und Registrierung der Gebrauchsgüter und Einrichtungsgegenstände in der Musikhalle. — Die Vorlage wird einem besonderen Ausschuß überwiesen.

22. Antrag: Erhöhung des Lohnes für Poststandsarbeiter. — Wird angenommen.

23. Antrag: Erweiterung des Siedelungsgebietes. — Reiche (Soz.) fragt, ob die Pächter dieses Jahr das Land noch aberten können. Die Leute hätten das Land bearbeitet und gedüngt. — Hent (D.) ersucht, auf die Wünsche der Leute Rücksicht zu nehmen. — Senator Evers glaubt, daß die nötige Rücksicht vorwalte. Auf der anderen Seite würden aber auch die Siedler drängen. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

24. Antrag: Änderung des Bebauungsplanes für die Siedlung an der Wärtergasse. — Wandke (Dem.) bemängelt, daß jetzt von den Rältern ein weiteres Zurückverlegen der Bauten von der Straße verlangt werde. — Senator Evers: Schaiten auf das Grundstück wird auf diesen und jenen Fall geworfen. Nach der neuen Vorschrift werde aber auf festem Grund gebaut. — Schermer (Soz.) bemängelt, daß die Planarbeit vom grünen Tisch aus gemacht würde. — Der Antrag Wandke, die Vorlage dem Haushaltsausschuß zu überweisen, wird angenommen.

25. Antrag: Ausbau des Weges Röhrlager-Dünensee. — Timmermann (Soz.) ersucht, auch die Landwege im Bezirk Krummesse als Poststandsarbeit auszubessern. — Der Senatsantrag wird angenommen.

26. Antrag: Herstellung weiterer Kleinwohnungen. — Wird angenommen.

27. Antrag: Entwässerung von Bändereien zwischen der Schönhöfener- und Ziegelstraße sowie in Niendorf. — Hent (D.) spricht für den Ausschuh Antrag, der zwar um 10 000 Mark teurer komme, aber vorzuziehen sei. Die Ackwässer müßten entfernt und die Staatswiese aufgehört werden. — Der Senatsantrag wird angenommen. Die beiden Erlichen des Ausschusses ebenfalls.

28. Antrag: Verstärkung der Mittel für die Theaterverwaltung. — Wird angenommen.

29. Antrag: Nachbewilligung für die Theaterbehörde für das Rechnungsjahr 1919. — Mohr (Dem.) kommt auf die Verpachtung des Theaters zu sprechen, das wieder Herrn v. Bongardt übergeben worden sei. Der Redner erkundigt sich nach den Bedingungen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

30. Antrag: Verkauf des Grundstückes Röhrlager-Allee 41 an den Maurermeister August Kahl. — Der Antrag des Ausschusses auf Ablehnung des Senatsantrages wird angenommen.

31. Antrag: Beihilfe für die Waldschule. — Wird angenommen.

Schluß 8.35 Uhr.

Aus den Rindheitslagen der sozialen Fürsorge.

OK. Die Sorge für die Arbeitslosen und die Armen ist heutzutage in erster Linie eine Aufgabe des Staates, und wir sehen heute, wie die Behörden mit Aufbietung aller Kräfte sich bemühen, der ungeheuren Not nach Möglichkeit zu steuern. Im 18. Jahrhundert war es hauptsächlich die private Wohltätigkeit, die sich bemühte, der herrschenden Armut und Krankheit nach Kräften abzuwehren. Im Mittelalter war es hauptsächlich die Kirche gewesen, die sich durch ihre großartigen Wohlfahrtsanstalten der Unglücklichen und Verelendeten annahm. Als sich in der Zeit der Aufklärung die kirchlichen Bande zu lockern begannen, mußte die allgemeine Menschlichkeit und Humanität an ihre Stelle treten. Aber im 18. Jahrhundert begann auch der Staat bereits sich der Armen mehr und mehr anzunehmen und der Weg der sozialen Organisation wird beschritten.

Diese Entwicklung von christlicher Nächstenliebe über private Menschenfreundlichkeit zur staatlichen Regelung betont Walter

Sirene.

Eine Schiller- und Höhlengeschichte von L. Startlof.

32. Fortsetzung.

Mit Lachen und Loben war das Gefändel abgezogen. Nun lag der Wald umher stumm wie ein Grab, voll Tod und Verwesung. Nur der Bach rauschte mit höhnlichem Gelächter seine kalten Wellen neben dem Baum hinab, an welchem der unglückliche Lothar gefesselt hing.

Spät abends fand ihn der Köhler Johannes, welcher über die Höhlenbrüche nach seinem Dorf heimgehen wollte. Mit einem leuchtenden Stab schnitt er ihn los. Dann erst erkannte er das blutüberströmte, verwundene, zerklüftete Gesicht.

— Herr Köhler! — Seid Ihr es? — Um aller Donnerwetter: — was ist geschehen?

Lothar war nur noch halb am Leben, nur halb bei Sinnen. Es dauerte eine ganze Weile, bis er zum Sprechen kam. Und da noch ward es ihm schwer, die Worte für die Begebenheit zusammenzubringen. Johannes ließ zum Bach schöpfte Wasser, wusch und verband seine Wunden, bedeckte ihm das geronnene Blut aus Gehört und Haaren. Lothar kam in dumpfer Ohnmacht hin, das wankende Haupt fiel auf die Brust, die Arme hingen schlaffen herab. Johannes trübete, fragte, räthte, prüft dann keinen Laufen heraus, der hinter ihm durch den Wald kam. Noch rief er einen Hirten zu Hilfe, der an den Tannen herunterstürzte, und sie drei, gar mühsam, Schritt vor Schritt, brachten den Verzweigten ins nächste Dorf, wo sie spät in der Nacht anlangten.

Glücklicherweise fand sich hier ein zum plötzlichen extrahieren Wert geruherer Arzt. Lothars Todesangst um Sinnen wandt schließlich durch die Hilfe, welche ihm nur einigermassen zu Kräften brachte, nicht gemindert; aber unter Beistand des Arztes, des Schöpfers und einiger Nachbarn konnten doch die ersten notwendigen Maßregeln getroffen, Wunden gesäubert, Geruchsbefreiungen und Korklände zu verschaffen, Kräfte, Kräfte aufgebracht werden. Als dies alles besorgt war, erweilte er, fiel Lothar in ein tiefes, langes Fieber. Die ganze Nacht hindurch hörte er: Sirene — Sirene und Wachen in der Reiterkammer!

Der tolle Morgen sah die ganze Gegend in Alarm. Alle auf der Wald zwischen Alra, Oberstein und Birkenfeld übers Gey lag ausdehnt, ward er nach allen Richtungen durchstreift. Wirklich die Kunde von der Geißel ihrer Knecht unter Führung der Jäger und Förster die Reiter absuchten und mancher

Baron Umet mit dem Amtsvogt von Dham — auch dort hatte sich eingeschlossen — in Begleitung von Jägern und Reitern gerade nach der Kellerscheune. Das Schreiben, welches der Arzt auf Lothars Bitte nach Dham geschickt, hatte diesen Punkt als den wichtigsten, den gefährlichsten angegeben. — Als sie dort anlangen, fanden sie das Haus in tiefster Ruhe. Niemand war darin als der lahme Jonathan, die braune Eva und eine Magd. Auf der Schwelle sah der schieflende Knabe bei seinen Köchen und blickte auf der Kautommel. Die Hausfrau brachte nicht das mindeste Resultat. Das Verhör mit den Bewohnern gab eine ebenso dürftige Auskunft. Von der unglücklichen Sirene nicht eine Spur!

Während man sich drinnen vergebens bemühte, kriechen Graf Altmann nach um die einkame Wohnung her, deren mühsames Aussehen und traurige Umgebung ihn wie unheimliche Nordgesichter anwanderten. Der Prinz und Baron Umet gingen in Gedanken und Gespräch über die düstere Begebenheit vom Haupte abwärts gegen die Wesserspiele, wo zur Seite am Hügel zwischen Krautgehölz und breiten Blättern sah das Maul der tiefen Höhle anst. — Lothars Fieber war gegen Morgen in so wehrhaftiges Toben ausgeartet, daß man sein Herbringen an diesen Ort eines wahrhaftig schweren Verbrechens hatte ausgeben müssen. Jetzt lag er still. Der Arzt verschrie: Leben und Verstand sei in Gefahr, wenn man ihm nicht ganz ungehörte Ruhe gönnte.

Der Tage war hinter dem Haupte heranzu zwischen Fremden, Dorren und Steingrün an einen Pfad geraten, der auf verächtliche Art mit Fusch und Keife so verlegt war, als sollte man ihn nicht betreten. Plötzlich schlug sein Hund an und verlor eine Ruhe, die zwischen das Gestrüpp hindurch nach dem Haupte sprang und dort in einer Kellerscheune verweilte. Der Hund nach — und wie er drinnen ist, wird kein Schloß erst ganz während Lärm. Der Tage ruft nach Reuten, schreit: hier sei es nicht richtig! — Man kommt, man hoch! — am Haupte findet sich ein Haufen überaus wunderbarer Holz, dem man anseht, daß es noch nicht lange da gelegen hat. Es wird wapperramt, darunter sieht sich eine kleine, niedrige Tür. Nachdies legt der Hund sich nieder. Draußen im Haupte knirscht der Amtsvogt nach der Richtung des Gebells: er will in den Keller geführt sein, dahin, wo der Hund kommt. Der lahme Jonathan schwört: in dieser Gegend sei unter dem Haus gar kein Keller, sondern nur daneben der verfallene Kellerbau eines alten, längst außer Gebrauch stehenden Kalkofens, der aber mit dem Innern des Hauses gar keinen Zusammenhang habe.

— Das wollen wir sehen! — ruft der Amtsvogt — Pöbel,

Nichts davon ist zur Hand. Desto ernstlicher besteht er darauf. Alles wird herbeigeschafft. Der lahme Jonathan flucht und knirscht heimlich über den entsetzlichen Eifer.

— Wozu voran! — kommandiert der Amtsvogt — und Ihr, Meister Jonathan, zeigt uns den Weg! Ihr könnt nicht? Wegen des lahmen Fußes? O, der hindert Euch nicht, die Treppe hinabzusteigen! Wir gehen langsam. Rötlichenfalls werde Ihr getragen. Jungfer Eva ist auch so gestülpt, uns zu begleiten. Nun vorwärts, marsch!

Trotz allen Widerstrebens müssen sie gehorchen. Georg Wort geht mit der Laterne voran. Der Keller wird aufgeschloßen. Die ganze Projektilen bringt hinein. Nichts ist zu sehen als Stroh, Kartoffeln, Körbe und Butten, mancherlei Vorräte. Aber ganz nahe, jenseits der Mauer, töbt des Bogen unerträgliches Rollen. Und hier im Winkel stehen eine Menge Ruten und Tonnen übereinandergekapelt. Alles zusammengegriffen, zeigt sich eine Deckung. Wie man hineinleuchtet, sieht man jenseits den Grund; da steht er vor einer großen Strohhöhle, trakt und hell. Der Gerichtsbesitzer wird voran hineingeführt, der Amtsvogt kriecht nach, ein Jäger folgt. Georg Wort schießt auch den Jonathan und seine wilde, lässige Tochter vor sich hinein. Nun sie alle hineinbringen und, wird beim Schein der Laterne das Stroh auseinandergerissen.

Und hiesel barunter liegt ein Kori von mehr als verdächtigem Pöbel. Eines der Geschöpfe, wovon man sagt: Galgen und Rad auf der Stirn!

Die Frage: wer er sei und was er hier tue? läßt er unbeantwortet.

Der Jäger nimmt die Laterne, hält sie ihm gerade unter die Nase. Oho! Treten wir uns hier? Das ist ja der große Bienenkorb! Ich höre, unten Worten! Herr Amtsvogt, da haben wir einen der schlimmsten Wildbilde am ganzen Hundst. Der muß mit! — Wozu, Pöbel! Aufgehoben!

— Darf ich nicht im Keller gehen, wenn ich hier sitzen will? Was geht Euch das an? Ich bin hier ja nicht im Jagdrevier! Mit welchem Recht wollt Ihr mich herausreißen?

— Das wird sich zeigen! — rief der Amtsvogt — nur erst aufgehoben!

Der Kori verlegte, er Unas nicht, habe ein Bein gebrochen! Bei näherer Untersuchung fand sich das rechte. Das Bein war erst ganz kürzlich ungeschädigt denn verdrückt. Und dieser Umstand ging allein war auch die Ursache, daß Jonathan hier im Hause gefangen wurde, welches ja, gegen die Gewohnheit anderer Tage, heute auch nicht einen leuchtenden Licht besaß. Ja, ohne den Reibstock wäre er längst mit seiner Strohgeschleife fort in den Wald gewesen!

(Gedult folgt)

